Rhein-Zeitung
und ihre Heimatausgaben
Nahe-Zeitung
Samstag, 10. Juli 2021
Seite 13

Samstag, 10. Juli 2021, Nahe-Zeitung, Seite 13

Kitafinanzierung: Von Gewinnern und Verlierern

Von unserem Redakteur Peter Bleyer

Die Unterhaltung des Ruschberger Kindergartens, den auch die Reichenbacher Kinder besuchen, darf künftig nicht mehr über die VG-Umlage finanziert werden. Für die betroffenen Gemeinden bedeutet das Mehrkosten. Foto: Reiner Drumm

Änderung des Systems führt in einigen Gemeinden zu Mehrkosten – Viele Fragen offen

VG Baumholder. Das Kitafinanzierungssystem in der VG Baumholder soll gerechter werden. Nachdem die SPD-Fraktion in einer denkwürdigen Ratssitzung Fakten auf den Tisch gebracht hatte, die nahelegten, dass das bisherige Prozedere rechtswidrig war – die Kos-

ten für die Kitas in VG-Trägerschaft (Ruschberg, Rückweiler, Berschweiler) wurden über die allgemeine Umlage auf alle Gemeinden verteilt –, wird nun nach einem neuen Konzept gesucht. Die Unterhaltung der Kitas muss künftig von jenen Gemeinden sichergestellt werden, die auch einen Nutzen von der Einrichtung haben. Fest steht schon jetzt, dass die finanzielle Mehrbelastung für einige Dörfer massiv sein wird. Andere wiederum stehen hinterher sogar besser da. Die NZ hat nachgefragt.

Stark betroffen ist zum Beispiel Ruschberg. Geht man nach einer Kostenaufstellung der VG-Verwaltung, die der NZ vorliegt und die verschiedene Varianten durchspielt, müsste die Gemeinde pro Jahr rund 40 000 Euro mehr für die Kita zahlen, die auch Reichenbacher Kinder besuchen. Durch die Senkung der VG-Umlage auf 37,1 Prozent ergäben sich zwar Einsparungen, aber die Zusatzkosten auf der anderen Seite lägen deutlich darüber. Nicht eingerechnet sind dabei die Verwaltungskosten, die möglicherweise noch „on top“ kommen. „Bei der Entstehungsgeschichte der Senkung war im März die Rede von 34 Prozent“, berichtet Bürgermeister Alfred Heu. „Sogar unterschriftsreife Zweckvereinbarungen waren auf dieser Grundlage vorbereitet worden. 3,1 Prozentpunkte Differenz sind ja kein Pappenstiel. Für Ruschberg nach den Zahlen für 2020: 21 500 Euro.“ Er habe das schon selbst zur Sprache gebracht, aber zur Antwort bekommen, dass es sich damals um eine Schätzung gehandelt habe. „Wir wollen nachvollziehbare Zahlen“, sagt Heu. „Dann können wir auch an die Finanzierung gehen.“

Wegen der zu erwartenden Mehrkosten werde die Gemeinde keinerlei Schritte unternehmen, bevor eine Stellungnahme der Aufsichtsbehörde zur Neustrukturierung der Kitalandschaft vorliege, so Heu. Man benötige eine Handlungsanweisung, mit Rechtsauffassungen komme man nicht weiter. „Eine Übernahme der Bauträgerschaft könnte von den Gemeinden Reichenbach und Ruschberg finanziell gestemmt werden. Hier kennen wir uns mit Eigenleistungen beim Bauunterhalt bestens aus“, sagt Heu selbstbewusst. Eine Lösung für die Betriebsträgerschaft werde sich finden. „Damit wären wir bei unserer Leistungsfähigkeit aber schon angekommen. Eine Hebung der Realsteuersätze (vorgesehen Grundsteuer B von 400 auf 800 Punkte) kommt schon deshalb nicht zum Tragen, weil nur Grundstücksbesitzer die zusätzlichen Belastungen hätten. Und warum sollen die für etwas bezahlen, das nicht bestellt wurde?“

Beim Bau des Kindergartens – die Einweihung war 1993 – habe der damalige VG-Chef Volkmar Pees klipp und klar signalisiert, dass außer dem eingebrachten Grundstück keine weiteren Verpflichtungen auf die Gemeinde zukämen. „Er hat auch Wort gehalten. Das Gleiche gilt für seinen Nachfolger, Peter Lang, in dessen Amtszeit der Erweiterungsbau für die Krippe fiel. Wenn nun nach jahrzehntelang geübter Praxis ohne aufsichtsbehördliche Weisung eine Neustrukturierung erfolgen soll, besteht größerer Aufklärungsbedarf.“ Die Stadt Baumholder verlasse mit der Übernahme der Bauträgerschaft der katholischen Kita die kommunale Familie, sagt Heu. „Es ist ihr gutes Recht. Dieses Recht haben aber auch die anderen Gemeinden. Und so macht jeder Seins. Damit ist allerdings eine Rückkehr in den Familienschoß ausgeschlossen.“

Auch auf die Gemeinde Rückweiler kommen höhere Kosten zu, je nach Variante mehr als 20 000 Euro pro Jahr. Die Kita im Ort wird auch von den Gemeinden Rohrbach, Hahnweiler, Leitzweiler und Berglangenbach genutzt und künftig finanziert. „Das ist eine drastische Mehrbelastung“, sagt der Rückweilerer Ortschef Lutz Altekrüger. „Vor allem wenn man bedenkt, welche Vorhaben wir vor der Brust haben.“ Er verweist auf die Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses und die Erschließung eines Neubaugebiets. „Wir müssen beraten, wie wir das stemmen.“ Am einfachsten wäre es seiner Ansicht nach gewesen, alle Kindergärten in die Trägerschaft der VG zu übergeben. Nichtsdestotrotz: Priorität habe für ihn, dass die Kita im Ort erhalten bleibe, wer dafür die Verantwortung trage, sei zweitrangig. „Eine Kita ist ein Magnet für junge Familien.“

Für die sogenannten Unnertalgemeinden – Berschweiler, Eckersweiler, Mettweiler, Fohren-Linden –, die den Berschweilerer Kindergarten nutzen, ergeben sich durch die Neuordnung keine große Veränderungen. Die Mehrkosten liegen laut Aufstellung in einem erträglichen Rahmen. Auf längere Sicht spare man sogar Geld, erklärt Rouven Hebel, Bürgermeister von Berschweiler. Wenn die Gemeinden Heimbach und Baumholder die Trägerschaft für die geplanten Kitaneubauten an die VG abgetreten hätten, wäre die VG-Umlage gestiegen. Da nun keine Finanzierung über die allgemeine Umlage mehr vorgesehen ist, blieben diese Kosten komplett bei den beiden Kommunen. „Mir könnte es also egal sein“, sagt er. „Aber das ist nicht das, was wir wollen. Die andere Lösung, dass die Verbandsgemeinde die Trägerschaft für alle Kitas übernommen hätte, wäre uns lieber gewesen.“ Doch die Entscheidung des Baumholderer Stadtrats müsse man respektieren. Welche Gemeinden nun vom neuen System profitierten und welche darunter zu leiden hätten, hänge stark vom Zufall ab.

Die Gemeinde Frauenberg hat in diesem Zusammenhang eine Sonderstellung. Sie schickt ihre Kinder in die Kita in Sonnenberg-Winnenberg. Dafür zahlte die VG die ganze Zeit einen Betrag an die Gemeinde Sonnenberg-Winnenberg, der wiederum über die allgemeine Umlage gedeckt wurde. Künftig müssen die Frauenberger selbst für die Kosten aufkommen. „Einen wirklich großen Unterschied macht es nicht“, erklärt Bürgermeister Patrick Kielburger. Das hänge aber stark von einigen Variablen ab – unter anderem von der Umlagelast und der Kinderzahl. „Wir haben natürlich lieber mehr Kinder und mehr Kosten als umgekehrt“, versichert der Ortschef.

Im Haushaltsansatz sei man sogar von dem Worst-Case-Szenario ausgegangen, dass die VG-Umlage trotz der Umstellung des Systems nicht reduziert werde. „Jetzt freuen wir uns natürlich über die Senkung, die auch notwendig ist, damit eine Gemeinde wie Frauenberg fortbestehen kann.“

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.